

Niederschrift

über die Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel - öffentlich -

Datum: 06.10.2015

Ort: Sitzungssaal, Rathaus Einsiedel, Einsiedler Hauptstraße 79, 09123 Chemnitz

Zeit: 19:00 Uhr - 21:40 Uhr

Vorsitz: Falk Ulbrich

Beschlussfähigkeit

Soll: 11 Ortschaftsräte
Ist: 11 Ortschaftsräte

Anwesenheit

Ortsvorsteher

Herr Falk Ulbrich CDU

Ortschaftsratsmitglieder

Frau Steffi Barthold	Bürgerliste Einsiedel
Herr Otto Günter Boden	Haus+Grund Einsiedel
Herr Carsten Claus	Haus+Grund Einsiedel
Herr Andreas Edelmann	Bürgerliste Einsiedel
Herr Rocco Ehinger	CDU
Herr Walter Hähle	Bürgerliste Einsiedel
Herr Dirk Hänel	Bürgerliste Einsiedel
Herr Jens Mittenzwey	Bürgerliste Einsiedel
Herr Dr. Peter Neubert	DIE LINKE
Herr Marc Stoll	CDU

Schriftführerin

Frau Simone Knöbel

1. Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel – öffentlich – stellt die ordnungs- und fristgemäße Einberufung der Sitzung fest und begrüßt die Ortschaftsräte und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird mit 11 anwesenden Ortschaftsräten festgestellt.

2. Feststellung der Tagesordnung

Anträge zur Änderung der Tagesordnung liegen nicht vor. Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich schlägt vor, aus aktuellem Anlass den Tagesordnungspunkt 6 – Informationen des Ortsvorstehers nach dem Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Der Ortschaftsrat Herr Claus erachtet es als sinnvoll, den Tagesordnungspunkt 8 - Einwohnerfragestunde, dann im Anschluss zu behandeln. Die Ortschaftsräte stimmen beiden Anträgen **einstimmig** zu.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel - öffentlich - vom 01.09.2015

Zur Niederschrift vom 01.09.2015 gibt es keine Einwendungen. Sie gilt somit als genehmigt.

4. Vorlagen an den Ortschaftsrat

4.1 Sitzungstermine des Ortschaftsrates Einsiedel im Jahr 2016

Vorlage: OR-021/2015 Einreicher: Ortsvorsteher Einsiedel

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt, dass die Termine so festgelegt wurden, dass die Sitzungen 2 Wochen vor dem Stadtrat stattfinden.

Gemäß § 69 (1) i. V. m. § 36 (2) SächsGemO beschließt der Ortschaftsrat über Ort und Zeit seiner regelmäßigen Sitzungen.

Beschluss OR-021/2015:

Der Ortschaftsrat Einsiedel beschließt folgende Sitzungstermine:

1. Halbjahr 2016

12. Januar 2016
23. Februar 2016
22. März 2016
26. April 2016
31. Mai 2016

2. Halbjahr 2016

30. August 2016
13. September 2016
25. Oktober 2016
22. November 2016

Die Sitzungen des Ortschaftsrates Einsiedel finden in der Regel dienstags, 19:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses Einsiedel, Einsiedler Hauptstraße 79, 09123 Chemnitz statt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Ja 11 x

4.2 Pilotprojekt Verfügungsbudget für den Ortschaftsrat Einsiedel

Vorlage: OR-026/2015 Einreicher: Ortsvorsteher Einsiedel

Das Pilotprojekt wurde im Jahre 2014 vorerst in der Ortschaft Röhrsdorf begonnen. Die Auswertung war durchweg positiv, es wurde jedoch eingeschätzt, dass das Projekt auch 2015 weiter als Pilotprojekt fortgeführt werden sollte. Zudem wurde eine Öffnung für alle Ortschaften als zielführend erachtet.

Im Rahmen einer Beratung mit allen interessierten Ortschaften wurde das Verfahren erläutert und auch für die Ortschaft Einsiedel als sinnvoll eingeschätzt.

Dazu erklärt der Ortsvorsteher Herr Ulbrich, dass die Verantwortlichen für dieses Pilotprojekt gewählt werden müssen. In diesem Jahr darf der Ortschaftsrat dafür 3000,00 € ausgeben. Mittel dafür sind für die Reparatur am Wassertretbecken, von max. 250,00 €, bereits vorgesehen.

Der Ortschaftsrat Herr Ehinger schlägt vor, bei der Ausschreibung vorzugsweise Einsiedler Unternehmen zu berücksichtigen.

Die Ortschaftsräte Herr Dirk Hänel, Herr Rocco Ehinger und Herr Marc Stoll stellen sich zur Wahl. Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt wie gewählt werden kann.

Es erfolgt eine öffentliche Wahl.

Beschluss OR-026/2015:

1. Der Ortschaftsrat Einsiedel beschließt, sich im Jahre 2015 am Pilotprojekt „Verfügungsbudget für den Ortschaftsrat“ zu beteiligen.
2. Der Ortschaftsrat Einsiedel wählt drei Mitglieder, die für die Umsetzung der Auftragsvergabe zuständig sind.

Als Mitglieder wurden **einstimmig** die **Ortschaftsräte Herr Dirk Hänel, Herr Rocco Ehinger** und **Herr Marc Stoll** gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
Ja 11 x

5. Stellungnahme zu Bauvorhaben im Ortsteil Einsiedel

Errichtung eines Einfamilien- oder Doppelwohnhauses mit Garage - Zschopauer Straße

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt, was die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung zur Zschopauer Straße beinhaltet und dieses ein Antrag für einen Vorbescheid ist.

Nach erfolgter Diskussion gibt es keine Einwendungen zum Bauvorhaben, wenn dieses Grundstück im Innenbereich, lt. §34, liegt.

Dieses wird dem Baugenehmigungsamt schriftlich mitgeteilt.

Umnutzung Internats- und Schulungsgebäude Haus Nr. 1 bis 17 in Häuser zur Erstunterkunft für Asylbewerber mit je 16 Betten im 1. und 2. Obergeschoss / Haus (= 32 Betten je Haus – insgesamt = 544 Betten), mit Sanitär-, Lager- und Haustechnikräumen in den Erdgeschossen, befristeter Antrag (bis 31.12.2018) mit Option auf Verlängerungen – Dittersdorfer Weg 25

Den Ortschaftsräten liegt der ausführliche Bauantrag vor. Der Ortschaftsrat Herr Boden erklärt, wenn der Ortschaftsrat gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung ist, der Bauantrag abzulehnen ist oder es werden die gesamten Punkte behandelt. Wenn die aufgeführten Mängel beseitigt sind, wird die Umsetzung überprüft.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich schlägt vor, den Bauantrag punktweise zu behandeln und dann in einer Stellungnahme alle Hinweise aufzuführen. Damit sind die Ortschaftsräte einverstanden.

Nach erfolgter Diskussion ergeht folgende Stellungnahme des Ortschaftsrates Einsiedel an das Baugenehmigungsamt:

1. Beim Vergleich zur Nutzung in DDR-Zeiten fehlt, dass es sich dabei nur um eine größere Nutzung im Sommer gehandelt hat und nicht um eine ganzjährige Nutzung wie jetzt vorgesehen.
2. Bei der Bewertung der Gebäude fehlt eine Aussage zum Brandüberschlag zwischen den einzelnen Räumen über die Fensterbänder und Holzverkleidungen.
3. Die Zufahrtsbreite ist nicht korrekt.

4. Bei der Bewertung der Brandausbreitung fehlt eine Aussage zum Brandüberschlag zwischen den einzelnen Räumen über die Fensterbänder, Haustechnik, Rohrdurchführungen und Holzverkleidungen.
5. Bei den Feuerungsanlagen fehlt eine Aussage zu den Brennstofflagern.
6. Es sollte eine Angabe zum notwendigen Betreiberpersonal für die Alarmierung enthalten sein (z.B. 1 Person pro Haus).
7. Die Mindestlöschwassermenge von 48 m³/h erscheint im Zusammenhang mit den zu erwartenden langen Alarmierungs- und Rettungszeiten, den Holzverkleidungen und den weiteren vorhanden Gebäuden als gering.
8. Wie ist die Nutzung der Zufahrt gewährleistet, bei einem Einsatz mit Wasserentnahme aus der Zwönitz? Wie ist die Löschwasserzuführung im Winter geplant?
9. Wie ist die Nähe zum Wald im Landschaftsschutzgebiet und Trinkwassereinzugsgebiet bewertet?
10. Besondere Bedeutung sollten hierbei der bauliche und der vorbeugende Brandschutz sowie die Evakuierung von Personen aus Gebäuden im Gefahrenfall haben. Im Rahmen dieser BrGefA ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen. Dieser Feuerwehrplan liegt dann sowohl im betreffenden Objekt (an zentraler Stelle), als auch bei der Berufsfeuerwehr Chemnitz als Einsatzunterlage vor.

6. Informationen des Ortsvorstehers

Einsiedler Kirmes 2015

Zusammenfassend erklärt der Ortsvorsteher Herr Ulbrich, dass die diesjährige Kirmes sehr gut verlaufen ist. Es war insgesamt eine gute Veranstaltung, die auch so im nächsten Jahr wieder organisiert werden sollte.

Amphibienschutzmaßnahmen an der Eibenberger Straße

Für die betroffenen Anwohner hat eine Informationsveranstaltung zum Bau der Amphibienschutzttunnel stattgefunden, welche noch keine Ergebnisse gebracht hat. Es werden noch einmal Einzelgespräche geführt, damit verzögert sich eine Entscheidung.

Asylunterkunft im Ortsteil Einsiedel

Der Ortschaftsrat Einsiedel hat sich am 01.10.2015 zu diesem Thema beraten und die folgende Erklärung dazu abgegeben, die vom Ortsvorsteher Herrn Ulbrich noch einmal verlesen wird.

Erklärung des Ortschaftsrates Einsiedel zu einer Asylunterkunft im ehemaligen Pionierlager:

In den letzten Tagen ist ein unvollständiges Bild von Einsiedel entstanden. Die große Mehrheit der Einsiedler Bürgerinnen und Bürger hat keine ausländerfeindliche Einstellung. Wir distanzieren uns von den von uns nicht eingeladen Menschen, die mit solchen Positionen die Stimmung anheizen.

Der Ortschaftsrat Einsiedel fordert ausführliche Einblicke und fachkundige Erklärungen der zu entwickelnden Sicherheitskonzepte für die geplante Unterkunft, bevor alle Entscheidungen gefallen sind oder gar die Nutzung begonnen hat. Des Weiteren bittet der Ortschaftsrat um eine schriftliche Erklärung zur verbindlichen Nutzung der einzelnen Gebäude des gesamten Objekts. Nur so ist eine Bewertung der Sicherheitskonzepte möglich und kann Vertrauen wiederhergestellt werden. Dem Ortschaftsrat ist es trotz allem völlig unverständlich, warum das Gelände nicht wie bisher als Schule mit Internat

weitergenutzt wird. Für eine erfolgreiche Integration von Migranten bedarf es u.a. einer Ausbildung in der deutschen Sprache, einer beruflichen Weiterbildung und die Vermittlung der Werte unserer Gesellschaft und des Grundgesetzes. Genau dafür ist der Standort bestens geeignet und kann sicher fast ohne Baumaßnahmen genutzt werden. Wir erwarten, dass Objekte nicht nur zur kurzfristigen Beseitigung von Engpässen geprüft, sondern auch durch eine sinnvolle Verwendung der vorhandenen Einrichtungen genutzt werden. Das ist notwendig um Akzeptanz zu finden und um Kosten zu sparen. Der Ortschaftsrat verwahrt sich gegen fremdenfeindliche Ansichten. In Einsiedel sind seit Jahren Studenten aus vielen Ländern Europas, Afrikas und Asiens herzlich willkommen.

Einstimmig der Ortschaftsrat Einsiedel

Diese Erklärung wurde veröffentlicht und ist auf der Internetseite der „Freien Presse“ abrufbar. Es war dem Ortschaftsrat wichtig, die Erklärung gemeinsam zu verfassen.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich hat heute, am 06.10.2015, einen Brief an alle Bürgerinnen und Bürger von Einsiedel sowie die Anlage – Aktuelle Sachstand zum 06.10.2015, von der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig erhalten. Dieser Brief wird in der Sitzung verlesen.

Brief siehe Anlage 1

Dem Ortsvorsteher Herrn Ulbrich liegen derzeit keine weiteren Informationen vor. Ihm ist bekannt, dass 544 Betten lt. Bauantrag vorgesehen sind, dieses betrifft alle kleinen Bungalows. Der Sachstand für die großen Gebäude ist, dass die Stadt Chemnitz etwas anmieten würde, wenn sie vom Freistaat einen Untermietvertrag bekommt oder der Freistaat mietet dieses Gebäude selbst. Von der Landesdirektion liegen keine Informationen vor.

Er betont, dass die Situation sehr kompliziert ist. Was ihn besorgt macht, ist die Tatsache, dass es in den letzten Wochen keine vernünftige Diskussion und im Grunde fast keine Informationen zum Ablauf und zum Beginn der Unterbringung gab.

Am 25.09.2015 wurde bei einer Zusammenkunft in der Einsiedler Kirche versprochen, dass Informationen zum Sicherheitskonzept, zur Organisation und eine Erklärung wie viele Flüchtlinge kommen erfolgen sollen. Er ist enttäuscht, dass zur Einwohnerversammlung, am 30.09.2015, aus seiner Sicht, wieder keine konkreten Informationen erfolgten. Alle bisherigen Informationen sind unverbindlich, es fehlen direkte Ansprechpartner, was er sehr schade findet, denn damit kann keine gemeinsame Lösung gefunden werden. Die Einwohner sind verunsichert, da kein genauer Zeitpunkt der Unterbringung genannt wird. Wer das Gelände, die Gebäude und die Mängel zum Brandschutz des ehemaligen Pionierlagers kennt, dem ist bekannt, dass 1000 – 1500 Unterbringungen sehr schwierig zu betreuen sind und dieses nach 3 Monaten definitiv Probleme bringt. Er kann nicht einschätzen, ob es mit ca. 500 Leuten funktioniert, zudem ist die Infrastruktur von Einsiedel dafür nicht ausgerichtet. Er versteht, dass die Einwohner mit dem Umgang nicht einverstanden sind und dieses auch zum Ausdruck bringen.

Er sieht eine Chance, das Objekt anders zu nutzen und ist mit dem Vermieter im Gespräch, obwohl er sich bewusst ist, dass im Moment die Unterbringung von Flüchtlingen im Vordergrund steht. Es muss eine Lösung gefunden werden in diesem Objekt langfristig wieder eine Schule einzurichten, um die Ausbildung der Migranten abzusichern und diese zu integrieren. Der Brandschutz im Objekt ist sehr problematisch und wird von vielen Stellen der Stadtverwaltung auch kritisch gesehen. Der Vermieter Herr Sauer hat bestätigt, dass der Mietvertrag auf 5 Jahre beschlossen wurde, diesen kann er nach 2 Jahren kündigen, falls eine Lösung zur Weiterführung einer Schule vorliegt.

7. Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

Der Ortschaftsrat Herr Mittenzwey dankt dem Ortsvorsteher Herrn Ulbrich für seinen Einsatz für unseren Ort und schließt sich seiner Meinung an. Er stellt fest, dass zurzeit die Einsiedler verschiedener Meinungen sind.

Bei den Organisatoren und Teilnehmern der diesjährigen Einsiedler Kirmes bedankt er sich, da dieses ein sehr schönes Fest gewesen ist.

Zum Wassertretbecken erklärt er, dass nur 1 Woche während der Baumaßnahmen kein Wasser in der Anlage war und dementiert damit die Gerüchte, dass kein Wasser in der Anlage sei. Er betont, dass den Personen, die die Anlage wieder Instand gesetzt haben, eine große Anerkennung gehört und die Anlage während der Bauarbeiten genutzt werden konnte.

Zum Teich am Gymnasium informiert er kurz, dass ein Biber dort Einzug gehalten hat. Dieses zeigt, dass es auch noch andere Themen in Einsiedel gibt.

Zu den Spielplätzen bemängelt er, dass immer mehr Spielgeräte mit Bauzäunen abgegrenzt werden. In der Grundschule Einsiedel wurde der Sandkasten, wegen Unfallschutz, gesperrt. Der Abstand zur Mauer ist zu gering, aber es müsste doch möglich sein, die Mängel in kürzester Zeit zu beheben und nicht längere Zeit erst abzusperren. Genauso wurde im Walter-Wieland-Hain seit einiger Zeit die Rutsche eingezäunt. Man sollte doch dann das Spielgerät abbauen, wenn es nicht reparabel ist, so erhitzt es immer wieder die Gemüter.

8. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin äußert sich, dass sie sich von den gewählten Politikern nicht vertreten fühlt, da etwas den Bürgern übergestülpt wird. Sie betont, dass sie nichts gegen Flüchtlinge hat, aber es logisch ist, wenn eine gewisse Angst bei den Bürgern erzeugt wird. Das Sicherheitskonzept fehlt und viele andere Dinge sind einfach nicht geregelt. Sie hat kein Verständnis dafür, dass ein Antrag auf Umnutzung des Objektes gestellt wird, da eine Schulungseinrichtung gebraucht wird, um die vielen Migranten auszubilden. Im Objekt könnte beispielsweise ein Kinderdorf oder Unterkünfte für Familien eingerichtet werden. Sie hat das Gefühl, dass nicht genügend darüber nachgedacht wird, wie es doch funktionieren könnte. Sie betont, die Oberbürgermeisterin Frau Ludwig bittet um Verständnis, die Bürger bitten aber auch um Verständnis. Sie ist sich bewusst, dass es zurzeit eine schwierige Situation ist, versteht aber nicht, warum das vorgelegte Konzept, welchem sie sich voll anschließen kann, nicht umgesetzt wird. Für sie bleibt die Frage, was wird aus dem Ort, wenn es nicht funktioniert. Die Erfahrungen und Komplikationen der Gegebenheiten vom Adalbert-Stifter-Weg wären doch Grund genug, alles noch einmal zu prüfen. Sie versteht nicht, warum hier ein Konflikt gelöst werden soll, um andere Konflikte aufzutun. Sie findet es auch sehr bedauerlich, wenn in den Medien nur von Asylgegnern in Einsiedel gesprochen wird, dieses entspricht nicht der Wahrheit. Es wird nicht berichtet, dass der Ort gern Familien aufnehmen möchte, was für die Bürger von Einsiedel in Ordnung wäre.

Ein Einwohner fragt an, welche Möglichkeiten der Ortschaftsrat hat, an die Oberbürgermeisterin Frau Ludwig heranzutreten, da sie jede Woche anderes redet. Der Kurs ist für ihn völlig unklar. Auf der Einwohnerversammlung, am 30.09.2015, wurde von der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig gesagt, dass die Landesdirektion gemeinsam mit dem Bürger arbeiten sollte. Jetzt ist ihre Aussage, dass die Einwohner sich mit der Situation abfinden und mit den Asylbewerbern Gespräche führen sollen, um Ängste abzubauen. Jeder weiß, dass diese Leute zwischen 10 Tagen bis 3 Monate nur in dieser Erstaufnahmeeinrichtung sind. Es geht nicht darum, dass die Einsiedler keine Asylbewerber haben möchten, sondern dass mit den Einwohnern gesprochen werden

muss. Er betont, dass die Informationspolitik der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig, von der Stadt Chemnitz und vom Land entscheidend ist wie die Bürger das verstehen und akzeptieren und dieses ist zurzeit katastrophal.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt, dass er versucht hat, mit der Erklärung des Ortschaftsrates und in persönlichen Gesprächen eine Schulungseinrichtung voranzutreiben. Der Freistaat hat dieses Objekt als Erstaufnahmeeinrichtung für 544 Asylbewerber (lt. Bauantrag) vorgesehen und im Notfall können weitere Räume genutzt werden. Die Stadt hat dazu angeboten, Räume zu mieten, um dort noch Schulungen durchzuführen. Den Mietvertrag kennt er im Detail nicht, ihm ist aber bekannt, dass der Vermieter einen Teil als Schulungseinrichtung erhalten möchte. Zu dem informiert er, dass die Oberbürgermeisterin Frau Ludwig den Innenminister Herrn Ulbrich zu weiteren Gesprächen eingeladen hat.

Ein Einwohner findet es nicht gut, wenn einfach dem Ortschaftsrat ein Brief, zum Verlesen an die Bürger, übergeben wird. Die Oberbürgermeisterin Frau Ludwig sollte doch persönlich den Einwohnern ihre Meinung, die in dem Brief steht, kundtun und sich den Fragen der Einwohner stellen. Er weiß aber auch, dass dieses in solch einer aufgeheizten Stimmung sehr schwierig ist. Im Moment scheinen die Ziele sehr weit auseinander zu liegen. Auf der einen Seite soll eine Erstaufnahmeeinrichtung eingerichtet werden. Auf der anderen Seite versucht man die Möglichkeit zu bieten, dass man dort eine Integration betreiben kann. Bei den Durchlaufzeiten in einer Erstaufnahmeeinrichtung ist eine Integration nicht möglich. Zum Artikel in der Zeitung „Freie Presse“ betont er, dass die Bürgerschaft, die an den Demonstrationen in den letzten Tagen im Ort teilgenommen hat, keine Asylgegner und vor allem keine Nazis sind. Dagegen verwehrt er sich und bittet darum, dass dieses klargestellt wird. Er fordert den Ortschaftsrat auf, sich dazu öffentlich zu positionieren. Dieses ist auch die Meinung der anwesenden Gäste.

Der Ortschaftsrat Herr Stoll beschreibt die Situation als eine Spirale die gerade eskaliert. Er hat zur Demonstration viele gesehen, die keine Einwohner von Einsiedel sind und Hass in den Augen hatten. Er selbst wurde für den Mittwoch zu einer Gegendemo eingeladen. Er fürchtet, dass die Anzahl der Demonstrationsgegner zunimmt. Er hat beobachtet, dass sich die Bürgerschaft in Einsiedel spaltet und es Anfeindungen gegenüber den Bürgern gibt, die sich neutral verhalten. Es gibt Einwohner, die sich nicht genau definieren möchten, aber auch welche, die den Flüchtlingen helfen wollen. Er kann sich vorstellen, mit den Flüchtlingen Ortsbegehungen durchzuführen.

Ein Einwohner macht darauf aufmerksam, dass wenn keiner auf die Straße geht, der Staat macht was er will. Er vermutet, dass viele nicht an den Demonstrationen teilnehmen, da sie nicht von der Presse als „Nazis“ beschimpft werden wollen. Er versteht die Darstellung in der Presse nicht und muss feststellen, dass die Meinung des Ortschaftsrates nicht in der Presse veröffentlicht wird. Es wurde nicht mit den Bürgern besprochen, was in diesem Objekt möglich ist. Was nicht geht, ist eine Erstaufnahmeeinrichtung. Dazu spricht er auch das Sicherheitskonzept an.

Der Ortschaftsrat Herr Boden spricht das Thema Polizeischutz an, welcher auch in dem Brief der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig angesprochen wird. Er betont, wenn in dem Objekt eine Erstaufnahmeeinrichtung entsteht, die Polizei keinen Einfluss über die Zusammensetzung der Leute hat und sie wissen nicht, welche Leute das sind. Zur Zusammenkunft der Bürger, am 05.10.2015, kann er berichten, dass nach 2 Stunden noch kein Einsatzleiter Vorort war und beschreibt die Situation ausführlich. Er macht darauf aufmerksam, dass jeder sich im Klaren sein sollte, welchen Beitrag er zum morgigen geplanten Schweigemarsch leisten will. Er hofft, dass es wieder friedlich und ruhig abläuft.

Ein Anwohner versteht nicht, dass durch die Flüchtlingssache Einsiedel gespalten wird,

da die Einsiedler immer zusammengehalten haben. Als Beispiel nennt er das Hochwasser und die 750-Jahrfeier. Das Thema Flüchtlinge bringt die Bevölkerung total durcheinander. Der Vorschlag das Objekt für Familien zu nutzen ist richtig, aber wenn man sagt, dass man dafür ist, wird nicht mehr mit demjenigen geredet. Er ist der Meinung, dass Einsiedel sich nicht von Fremdkräften, die Hassreden führen, helfen lassen muss, denn was Hass erzeugt, weiß jeder selbst. Die Einsiedler können dieses selbst lösen.

Eine Anwohnerin berichtet, dass sie zu einer der ersten Demonstrationen in einem Gespräch den Ordnungsbürgermeister Herrn Runkel und den Einsatzleiter der Polizei darauf hingewiesen hat, dass sie keine rassistische Vereinigung sind. Die Antwort von Herrn Runkel war, dass er drei einschlägige Gesichter gesehen hat, die zur Pegida gehören, damit wäre für ihn klar, welche Veranstaltung das wird. Sie solle sich an den Ortschaftsrat wenden und ihre Meinung kundtun, dass sie sich falsch verstanden fühlt. Ihrer Erfahrungen nach, kann sie bestätigen, dass die Einsiedler außerhalb rassistisch dargestellt werden. Dieses macht sie traurig, aber dass Angestellte der Stadt Chemnitz dieses auch so sehen, macht sie sehr betroffen.

Der Ortschaftsrat Herr Dr. Neubert bittet folgende Sätze in die Erklärung des Ortschaftsrates zusätzlich aufzunehmen:

1. Das Bild von der Einsiedler Bevölkerung, was in der Öffentlichkeit verbreitet wird (die Einsiedler sind alle Asylgegner u.ä.) stimmt nicht, da die Mehrheit der Einsiedler diese Auffassung nicht teilt.
2. Es gibt einzelne Kräfte von Außerhalb die die Situation dazu nutzen, um die Stimmung anzuheizen. Die Einsiedler distanzieren sich gegenüber den Kräften, die sie nicht eingeladen haben.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich stimmt dem zu. Die Erklärung wird noch einmal neu formuliert und zur Veröffentlichung an alle bekannten Adressen versendet.

Neue Erklärung siehe Anlage 2.

Der Ortschaftsrat Herr Hähle erklärt, dass er gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung ist. Es ist dafür kein geeigneter Standort und es liegt auch kein Sicherheitskonzept vor. In diesem Objekt sollten Familien untergebracht oder ausländische Bürger ausgebildet werden, so dass sie handwerkliche Berufe und die deutsche Sprache lernen können. Ohne die deutsche Sprache zu erlernen, können diese Leute nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Er meint, dass der Staat völlig versagt hat und die ganze Geschichte unterschätzt wurde. Er betont, dass jetzt gesehen werden muss, wie mit der jetzigen Situation umgegangen werden kann und es muss ein Riegel vorgeschoben werden, dass nicht noch weitere Flüchtlinge nachkommen. Das Problem was er sieht ist, wenn in diesem Objekt Menschen mit verschiedener Glaubensrichtung und Herkunft aufeinander treffen die Unruhe vorprogrammiert ist. Darüber machen sich auch die Einwohner Sorgen. Es ist eine Ansammlung von Menschen, die nicht arbeiten dürfen und damit wird es auch Streit geben. Er rät, dass der Ortschaftsrat Einsiedel so viel wie möglich nach außen dokumentiert, was er möchte und das er keine linken oder rechten Meinungen vertritt.

Ein Anwohner, der seit 1980 auf der Anton-Herrmann-Straße lebt, betont dass dieses ein idyllisches Gebiet ist. Das sehen die Anwohner nun gefährdet. Er ist nicht dagegen, wenn es bei den gesagten 544 Aufnahmen bliebe, ist aber absolut gegen 1500 Asylanten in dieser Erstaufnahmeeinrichtung.

Weiter wendet er sich an die Organisatoren des Informationsstandes an der Anton-Herrmann-Straße. Er bittet, dass die Zufahrt für die Anwohner und Pflegedienste ohne Zwischenfälle gewährleistet und mit den Anwohnern zusammen gearbeitet wird.

Nach einer Diskussion sind sich alle Anwesenden einig, dass die Darstellung der Einsiedler Bürger in der Presse richtig gestellt werden muss. Die Stellungnahme des Ortschaftsrates muss veröffentlicht werden.

Ein Einwohner schlägt vor, den Organisatoren der Gegendemo aus dem linken Lager, wenn der Kontakt irgendwie besteht, deutlich zu machen, dass die Einsiedler weder Rassisten noch Asylgegner sind. Die Einwohner von Einsiedel möchten, dass das Objekt als Schulungszentrum oder zur Unterbringung von Familien genutzt wird und keine Erstaufnahmeeinrichtung wird.

Ein Einwohner aus Berbisdorf ist besorgt und fragt an, was gegen Demonstrationstourismus mit angeworbenen Leuten getan werden kann. Dadurch kann es Probleme geben und das kann die Einwohner ins schlechte Licht rücken.

Dazu wurde von einem Einwohner erklärt, dass der Schweigemarsch und auch die gestrigen Demonstration frei von jeglichen Parolen, Plakaten oder sonstigen nazistischem Geschwätz gewesen ist. Das haben die Einsiedler Bürger durchgesetzt, sonst wäre die Demonstration aufgelöst worden und nur das bringt die Einsiedler Bürger weiter.

Es wird bemerkt, dass man es nicht verhindern sollte, dass Einwohner aus den Nachbargemeinden zur Demonstration kommen, da sie ähnliche Probleme haben. Stimmungsmacher sind natürlich nicht gewollt. Die Angst in der Bevölkerung ist da, weil die Information fehlt. Wenn es zu einer Erstaufnahmeeinrichtung kommt, wird sich auch um die Sicherheit der Kinder Gedanken gemacht.

Der Ortschaftsrat Herr Boden spricht noch einmal die Einwohnerversammlung mit der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig an. Dort hat er eine klare Stellungnahme wie zum Beispiel von Herrn Ulbrig vermisst. Es fehlen die Sicherheitskonzepte, nicht nur für die Leute in der Erstaufnahmeeinrichtung, sondern auch für die Einwohner von Einsiedel. Es sollte noch einmal eine Einwohnerversammlung mit dem neusten Stand durchgeführt werden. Weiter fehlt eine klare Positionierung der Parteien wie sie dazu stehen.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich erklärt noch einmal ausführlich, was sich am 05.10.2015 am Informationsstand an der Anton-Herrmann-Straße ereignet hat. Durch genaue Information der Landesdirektion hätte diese Zusammenkunft aufgelöst werden können. Es muss gemeinsam überlegt werden wie es weiter gehen soll und wie mit der Situation umgegangen wird. Er schlägt vor, die Erklärung des Ortschaftsrates an alle öffentlich zu schicken, auch an die Organisatoren von „Chemnitz Nazifrei“.

Der Ortschaftsrat Herr Claus bezweifelt, dass die Organisation „Chemnitz Nazifrei“ der richtige Adressat für die Erklärung des Ortschaftsrates Einsiedel ist.

Auf Anregung einer Einwohnerin, sollte überlegt werden wie die Einrichtung als Bildungseinrichtung unterstützt werden kann. Dazu erläutert der Ortsvorsteher Herr Ulbrich wie die Organisation einer Bildungseinrichtung läuft und dass dieses sehr schwierig ist. Er versucht mit dem Vermieter und der Stadt zu verhandeln, dort auch Ausbildung zu machen, dass es nicht nur eine Erstaufnahmeeinrichtung wird. Dann ist auch die Chance die Schuleinrichtung wieder zu vergrößern.

Der Ortschaftsrat Herr Ehinger dankt dem Ortsvorsteher Herrn Ulbrich für seine Bemühungen. Er hat vollstes Verständnis für die Anwohner, die im Umkreis dieses Objektes wohnen. Dieses bewegt ihn sehr, auch was bei diesem Informationsstand sich ereignet hat und ist dankbar dafür, dass nichts passiert ist. Er schließt sich der Meinung des Einwohners an, dass die Einsiedler zum Hochwasser so zusammengehalten haben. Diesen Einsiedler Zusammenhalt wünscht er sich wieder und das Einsiedel die Perle

im Zwönitztal bleibt und nicht im Vorfeld gesagt wird, die Perle im Zwönitztal war einmal.

Die Einwohner haben ein freies Meinungsrecht und können demonstrieren. Er ist der Meinung, dass die Erklärung des Ortschaftsrates mit den Ergänzungen ganz klar auf die erste Seite der Lokalpresse gehört, damit klargelegt wird, was der Ortschaftsrat Einsiedel möchte. Dazu sollte noch eine Einladung erfolgen, an die entsprechenden Personen vom Land Sachsen, damit die Einwohner verlässliche Informationen bekommen. Er meint, dass sich mit der ganzen Sache auseinandergesetzt werden muss, man kann nicht sagen Einsiedel bleibt von Asylanten frei, das geht nicht. Die Einwohner können sich nicht dieser Weltgeschichte verschließen und betont, wer Hass sät, wird Hass ernten. Er fände es gut, wenn jeder vor seinem Haus steht, wenn die Busse kommen und sich damit arrangiert. Er ist davon überzeugt, dass die Einsiedler das schaffen.

Durch Erfahrungen abends auf der Frankenger Straße hat eine Anwohnerin Angst, da sie allein wohnt, abends auf der Straße zu gehen. Sie sieht ein, dass man den Flüchtlingen nicht verwehren kann, abends auf die Straße zu gehen. In dieser Erstaufnahmeeinrichtung sollen bis zu 70 % Männer untergebracht werden. Man muss sich Gedanken machen, dass dort auch eine Beschäftigung für diese Leute geschaffen wird. Sie fragt an, ob man von der Sachleistung finanzielle Mittel für die Beschäftigung verwenden kann, da die Asylanten ja nicht arbeiten dürfen, damit sie sinnvoll gemeinnützig beschäftigt werden können.

Der Ortsvorsteher Herr Ulbrich antwortet, dass dieses geplant ist, aber der Ortschaftsrat darauf keinen Einfluss hat. Es gibt einen Betreuungsmodus, den Vereine für die Betreuung von Flüchtlingen beantragen können, dazu müssen konkrete Projekte vorliegen. Es hat auch schon dazu Überlegungen der Kirchgemeinde gegeben.

Abschließend fasst der Ortsvorsteher Herr Ulbrich zusammen, dass die Erklärung des Ortschaftsrates in der neuen Fassung an alle bekannten Adressen öffentlich verteilt wird. Es ist wichtig als Zielrichtung die Einrichtung einer Bildungseinrichtung zu verfolgen, die der Ortschaftsrat für den Ort als verträglich einschätzt und diese auch perspektivisch gebraucht wird. Dieses sollte zeitnah geschehen, da die Migranten dringend ausgebildet werden müssen. Konkrete Fragen sollten noch einmal in einer kleinen Gruppe ausgearbeitet werden.

Ein Einwohner fragt an, wie viele überhaupt in den Ort einziehen können. Gemessen an der Einwohnerzahl bei 544 Aufnahmen sind das ca. 20 %. In Einsiedel besteht ein Jugendklub und Sportvereine. Dieses ist dann auch schwer zu betreuen und es wäre auch schade für alle, die sich bemühen wollen.

Von einem Einwohner wird angefragt, ob die dann alle zur Frau Dr. Straßburger zur medizinischen Behandlung und in den EDEKA zum Einkaufen gehen.

Der Ortschaftsrat Herr Claus beantwortet, lt. Aussage zur Einwohnerversammlung, dass als erste Instanz das DRK als Betreiber verantwortlich ist. Dann gibt es noch eine sogenannte Flüchtlingsambulanz und in der letzten Sequenz werden die örtlichen Ärzte in Anspruch genommen.

9. Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Einsiedel

Der Ortschaftsrat Herr Boden und der Ortschaftsrat Herr Claus werden zur Unterschriftsleistung vorgeschlagen und bestätigt.

03.11.2015 *gez. Ulbrich*
.....
Datum Falk Ulbrich
 Ortsvorsteher

03.11.2015 *gez. Boden*
.....
Datum Otto Günter Boden
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

03.11.2015 *gez. Claus*
.....
Datum Carsten Claus
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

03.11.2015 *gez. Knöbel*
.....
Datum Simone Knöbel
 Schriftführerin

Anlage 1 – Schreiben der Oberbürgermeisterin Frau Ludwig

Anlage 2 – Erklärung des Ortschaftsrat Einsiedel